EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015

Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.

EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.

Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf Illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.

National- und Ständeratswahlen
Wie wähle ich richtig? Seite 14

Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig.

Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

Liste 15

Nationalrat Thomas Aeschi

Engagiert für bessere Rahmenbedingungen

Seite 13

Kommentar

Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

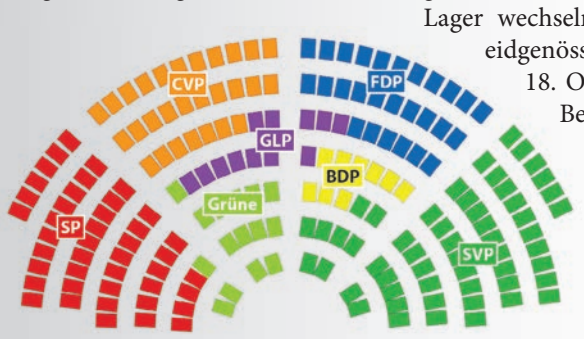
Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.

Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weniger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im Nationalrat

02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung

Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

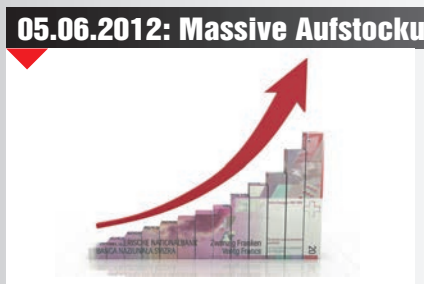
14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen

Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund

SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.

Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtsverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen.

Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rücksicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Walter Wobmann, Nationalrat und Ständeratskandidat, Gretzenbach (SO)

Soziale Sicherheit in Gefahr

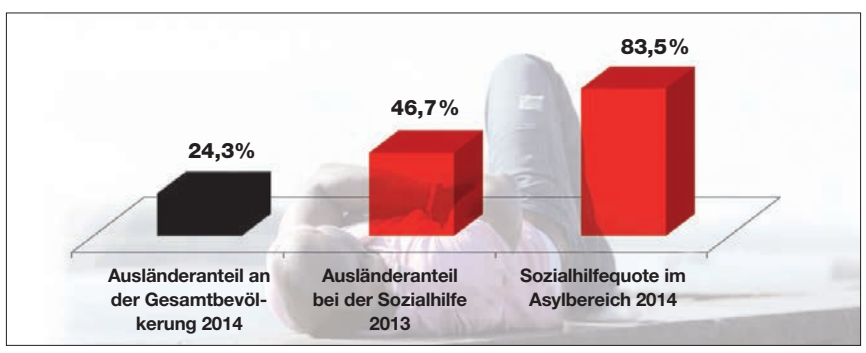
46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezüger sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.

Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

Belastete Arbeitslosenversicherung

Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanzieren EU-Bürger anteilsmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.

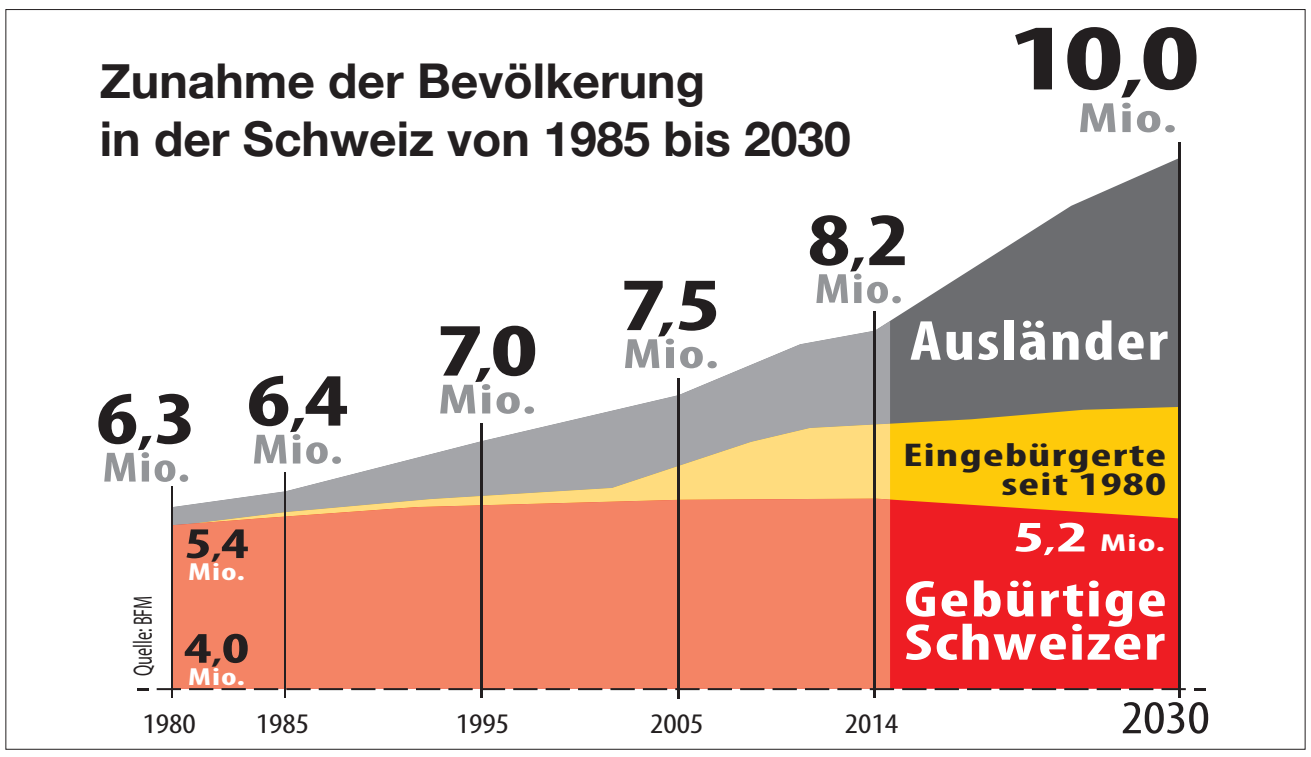
Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.

Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Strassen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss: Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüssung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreisesperre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0% Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4% Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6% Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Ausländer erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.

Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?
Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?
Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?
Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?
Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?
Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag» an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?
Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?
In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?
Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?
Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

Roger Köppel

- Nationalratskandidat Zürich
- Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- Medienunternehmer und Publizist
- verheiratet, 3 Kinder
- Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)

Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.

«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer , Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Abkommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingeengt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita

«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind ‹Knechte› des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Werkplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrats zu kontrollieren.

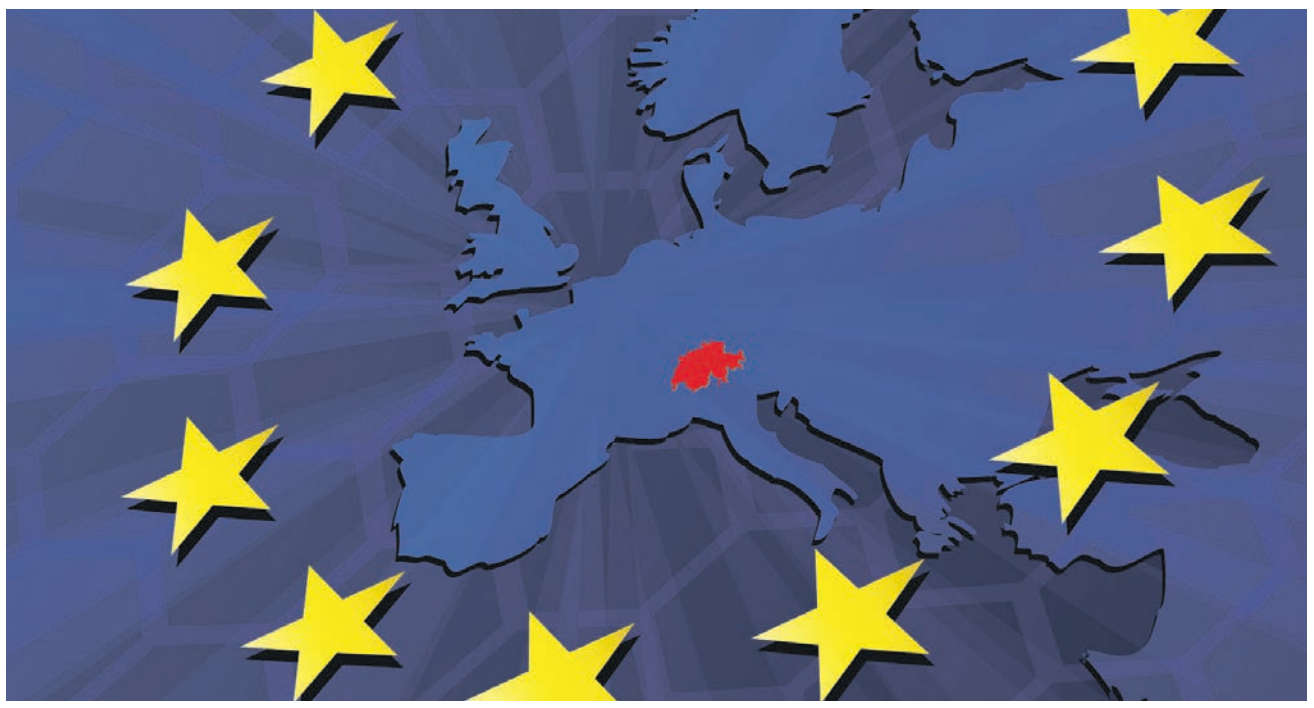
Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unterschrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

Gesamtpaket mit Sprengstoff...

Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine «dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunftsträchtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU.

Ende Juni dieses Jahres verkündete Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem institutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Taschenspielertricks statt Klarheit

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.

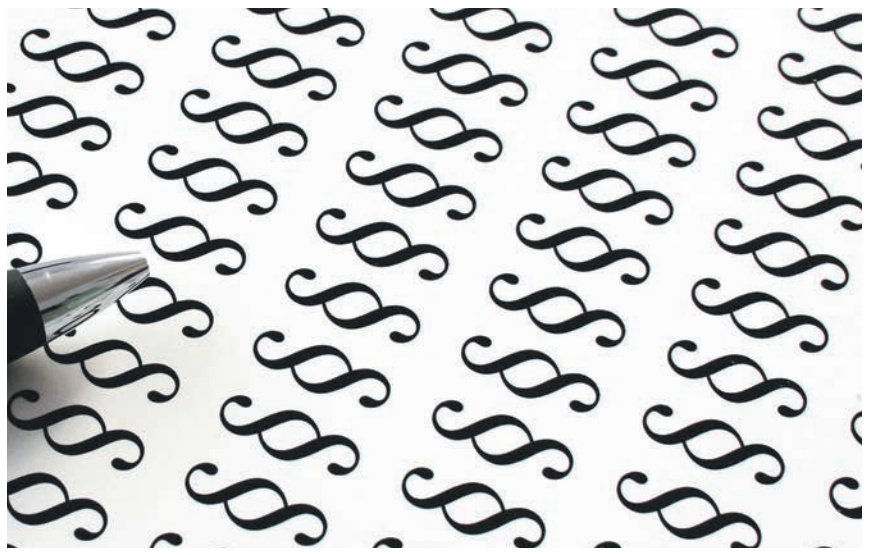
Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.

Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgedehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.

Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!

Die SVP in Kürze

- **Wir zählen rund 90’000 Mitglieder.**
- **Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.**
- **Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.**
- **Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.**

Mehr Infos unter: www.svp.ch

Die SVP-Parteileitung 2014/2015

TONI BRUNNER
Parteipräsident (SG)

ADRIAN AMSTUTZ
Fraktionspräsident (BE)

NADJA PIEREN
Vizepräsidentin (BE)

OSKAR FREYSINGER
Vizepräsident (VS)

LUZI STAMM
Vizepräsident (AG)

CHRISTOPH BLOCHER
Vizepräsident (ZH)

WALTER FREY
Vizepräsident (ZH)

JUDITH UEBERSAX
Vizepräsidentin (SZ)

CLAUDE-ALAIN VOIBLET
Vizepräsident (VD)

Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.
Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.
Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst.
In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

- **keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter,** damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
- **die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz,** damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
- **kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen,** damit wir in Sicherheit leben können;
- **tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen,** um Arbeitsplätze zu sichern.

Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftaktes mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes
www.svp.ch
SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

DESHALB AM 18. OKTOBER SVP WÄHLEN.

2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.

Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr…

SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.

BEA, Bern

St.Gallen

Freiburg

Bahnhof Zürich

Genf

Luga, Luzern

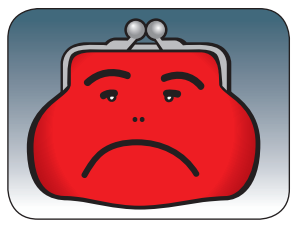
Kerns (OW)

Churer Fest (GR)

Ohne uns …

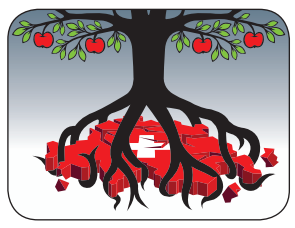
… wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)

… wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher

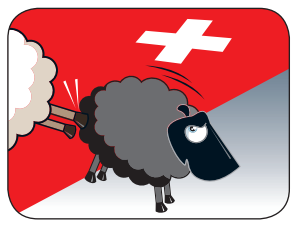


… gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe

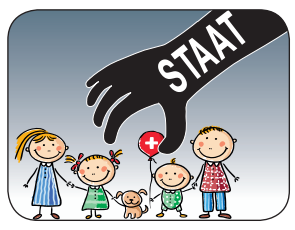
… würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



… würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert

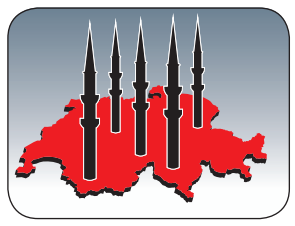


… mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



… würden die Autofahrer noch mehr schikaniert

… stünden in der Schweiz immer mehr Minarette



Von der Bauern- und Gewerbepartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbepartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6 %.

Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

Unsere Schwerpunkte:

- **Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt**
- **Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik**
- **Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze**

Unser Maskottchen: Wachhund Willy
Folge Willy im Internet: www.svp.ch/willy
Folge Willy auf Facebook: www.facebook.com/wachhundwilly

Interview

Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie

Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»

Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)

Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Strom-Versorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

Magdalena Martullo-Blocher

- Nationalratskandidatin Graubünden
- Unternehmerin
- Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- verheiratet, 3 Kinder
- Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide

Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haaranalysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmeposten, welche durch die Polizei hereingeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

Kampf der Willkür

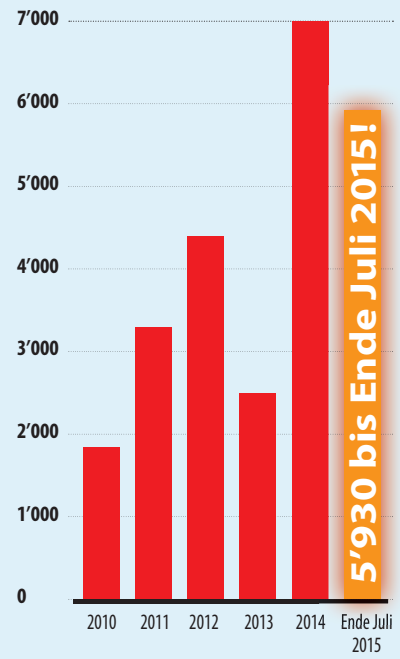
Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.

Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.

Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.

Die meisten Asylgesuche in der Schweiz stammen von Eritreern.



Eritreer stellten in den letzten fünf Jahren mit Abstand am meisten Asylgesuche in der Schweiz und nicht Kriegsflüchtlinge. Dies ist so, weil Bundesrätin Sommaruga die Umsetzung des Volksentscheides zur neuen Asylgesetzreform von 2013 verweigert. Damals hat das Schweizer Volk beschlossen, dass Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund mehr sein soll.

Heinz Brand, Nationalrat, Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Unmut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ⅔ aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal ⅓).
- Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.
- Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.
- Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

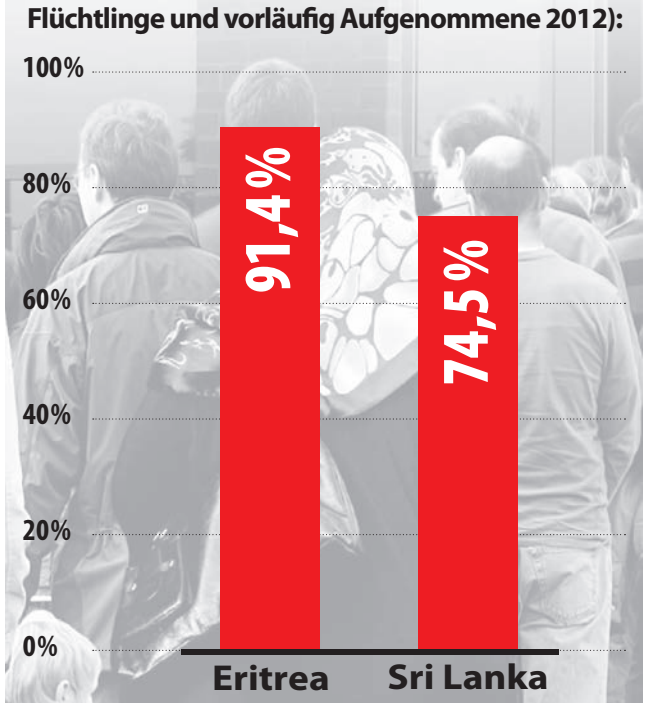
«6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie»

- Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.
- Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.
- Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt.

«In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik.»

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

Kommentar

Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann, Nationalrätin und Ständeratskandidatin, Kriens (LU)

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Frei bleiben - SVP wählen!
www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP ist die einzige Partei…

… die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

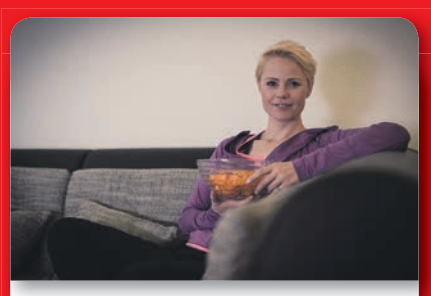
Wettbewerb

Welcome to SVP: Was machen die denn da?

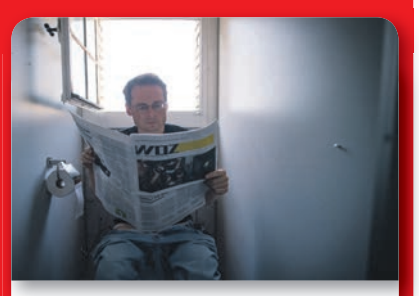
○ G Ist am Kuchenbacken
○ W Verteidigt das Bankkundengeheimnis

○ A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
○ E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen

○ L Teilt Picknick mit seiner Eringer Kampfkuh
○ S Hat keine Freunde

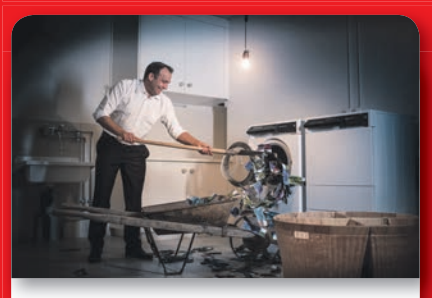


○ O Entspannt sich nach der Arbeit
○ C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



○ OM Liest wie immer die WOZ auf dem Klo
○ IE Hat den Verlag gewechselt

○ ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
○ UN Sammelt alte Radios



○ O Wäscht Geld in der Waschmaschine
○ D Ist neu Hausmann

○ L Macht Werbung für Zahnpasta
○ S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengerüste ab

○ V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
○ I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit

○ P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
○ V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. **Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner**
2. **Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer**
3. **Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch**
4. **bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP**

www.welcometosvp.ch

Jetzt den Song Welcome to SVP kaufen!

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.

☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.

☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.

☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5.**

☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

☐ Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.

☐ **Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.

☐ Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Für eine starke, unabhängige Schweiz

Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie und ein liberales Rechtssystem haben unserem Land viel Wohlstand gebracht. Diesen Werten müssen wir Sorge tragen. Dafür kämpft die SVP.

Die SVP setzt sich ein für eine **unabhängige, neutrale Schweiz:** Wir sagen **Nein zum EU-Beitritt**. Unser Land muss eigenständig und glaubwürdig bleiben. Eine stabile, zuverlässige Rechtsordnung ist ein wichtiges Fundament für Unternehmen und Investoren. Wenn die Schweiz ihre Rechtsordnung immer mehr den europäischen Vorstellungen anpasst, das Bankgeheimnis aufgibt und fremde Bestimmungen übernimmt, schadet dies der Wirtschaft.

Unserem **Wirtschafts- und Werkplatz** müssen wir Sorge tragen. Die Ausgaben des Bundes steigen immer mehr an, und die Verwaltung wächst und wächst. Steuern, Abgaben und Gebühren werden laufend noch mehr erhöht. Darunter leiden die Gewerbebetriebe – und letztlich wir alle. Darum kämpft die SVP für **tiefere Steuern, gegen unsinnige Bürokratie und für attraktive Rahmenbedingungen** für alle Gewerbebetriebe.

Dazu gehört auch eine überlegte **Einwanderungspolitik**. Die Zuwanderung hat ein Ausmass angenommen, das nicht mehr gut ist. Der Zustrom von Menschen aus fernen Ländern, welche sich ein besseres Leben in der Schweiz erhoffen, nimmt immer mehr zu. Die Behörden haben die Migration nicht mehr im Griff. Richtig wäre eine **kontrollierte Zuwanderung mit klaren Regeln** – dies kam auch bei verschiedenen Volksabstimmungen klar zum Ausdruck. **Namentlich im Asylbereich herrscht ein Chaos**, das Unsicherheit schafft und uns Milliarden kostet.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, **am 18. Oktober 2015 Ihre Stimme der SVP zu geben**. Denn nur die SVP wird dafür sorgen, dass unsere Unabhängigkeit bewahrt wird, dem Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz Sorge getragen wird und die Missstände in der Asyl- und Einwanderungspolitik endlich behoben werden.

Unser Land liegt mir am Herzen!

Trotz seines jungen Alters bringt Manuel Brandenberg eine beachtliche politische Erfahrung mit. Der Rechtsanwalt arbeitete nach seinem Studium unter anderem im SVP-Generalsekretariat in Bern, gehörte dem Zuger Stadtparlament an und ist seit nunmehr fünf Jahren Kantonsrat. Im Gespräch schildert er seine Motivation, als Ständeratskandidat für den Kanton Zug anzutreten.

Dr. Manuel Brandenberg: Zuger Ständeratskandidat

Dr. Manuel Brandenberg

1972, Zug
verheiratet, 1 Tochter
Dr. iur., Executive M.B.L.-HSG, Rechtsanwalt und Urkundsperson

Kantonsrat, Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion (mit 19 von 80 Sitzen die zweitgrösste Fraktion im Kantonsrat), Mitglied der engen Justizprüfungskommission, Mitglied der Redaktionskommission

Nach dem Studium und dem Doktorat an der Unversität Zürich ist Manuel Brandenberg seit 2002 als Rechtsanwalt in Zug tätig. Er ist selbständig und Inhaber der Kanzlei Brandenberg Advokatur und Notariat, welche 1967 von Dr. Ernst A. Brandenberg gegründet worden ist.

Seit 2010 ist Manuel Brandenberg Mitglied des Zuger Kantonsrats, wo er seit 2013 die SVP-Fraktion präsidiert. Zuvor präsidierte er die SVP Kanton Zug. Er ist zudem Mitglied der parlamentarischen Justizprüfungskommission, welche die Oberaufsicht über die Gerichte innehat.

In der Schweizer Armee bekleidete er den Rang eines Hauptmanns und kommandierte eine Rettungskompanie.

Herr Brandenberg, als selbständiger Rechtsanwalt und Mitglied verschiedener Verwaltungsräte sind Sie beruflich stark beansprucht – und trotzdem engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit politisch. Warum dies?
Das Milizsystem ist ein Erfolgsfaktor für unser Land: Jeder Bürger leistet einen Beitrag für das Gemeinwesen. Wir kennen eine Milizarmee mit allgemeiner Dienstpflicht. Die meisten politischen Ämter werden in der Schweiz als Milizämter ausgeübt, und wir haben so einen regen Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Militär. Dieser Erfahrungsaustausch ist bereichernd und ist letztlich die Grundlage unseres Wohlstands und des stabilen politischen Systems. Darum war es für mich immer selbstverständlich, dass auch ich meinen Beitrag leiste.

Und dies war auch Ihr Ansporn, sich als Ständeratskandidat zur Verfügung zu stellen?
Unser Land ist in einer schwierigen Situation. Unsere Nachbarländer spüren die Euro-Krise. Die wirtschaftlichen, aber auch politischen Probleme in der EU sind gravierend. Es erstaunt mich immer wieder, wie ruhig und stabil die Verhältnisse in unserem Land trotz all dieser Turbulenzen geblieben sind. Das sind Qualitäten, denen wir Sorge tragen müssen.

Ich wünsche mir eine selbstbewusste Schweiz – ein Land, das zu seinen Eigenheiten und Stärken steht. Stattdessen erleben wir einen Bundesrat, der Trumpf um Trumpf verspielt. Derzeit soll zum Beispiel das Bankgeheimnis – eine wichtige Säule für die Freiheit der Bürger – mit der Einführung des Automatischen Informationsaustausches beerdigt werden.

Und dagegen treten Sie an?
Ich trete an, um für eine attraktive, unabhängige Schweiz einzustehen. Wir dürfen Freude an unserem Land haben und müssen uns nicht alle Zumutungen internationaler Organisationen aufzwingen lassen.

Mit der aktuellen Politik sind Sie nicht zufrieden?
Nein, wirklich nicht. Schauen Sie einmal, was in Bern für Entscheide getroffen werden: Selbstverantwortung und Freiheit geraten immer mehr in den Hintergrund. Ich wünsche mir mehr Wettbewerb und gehe dabei vom mündigen Bürger aus, der selber entscheiden kann. Stattdessen aber erleben wir eine zunehmende Bevormundung auf allen Ebenen. Bald für alles gibt es ein Gesetz oder eine Vorschrift. Das bringt Bürokratie, unnötige Kosten für die Gewerbebetriebe und eine massive Einschränkung der Freiheit für alle. Da fühle ich mich als liberaler Geist nicht mehr wohl.

Was müsste man denn ändern?
Es ist heute bald attraktiver, staatliche Gelder zu beziehen als zu arbeiten – das ist falsch. Der Missbrauch von Sozialwerken muss meines Erachtens noch viel konsequenter bekämpft werden. Dieser Missbrauch ist zutiefst unsozial gegenüber den wirklichen Bedürftigen.
Zudem erleben wir eine rasch fortschreitende Zentralisierung: Unter den Schlagworten «Harmonisierung» und «Effizienzsteigerung» werden immer mehr Kompetenzen von den Kantonen an den Bund übertragen. Das ist falsch. Die Schweiz ist von unten her aufgebaut. Unsere Verfassung hält fest, dass die Kantone grundsätzlich souverän sind, soweit der Bund nicht ausdrücklich für zuständig erklärt wird. Die zunehmende Zentralisierung steht dem entgegen. Was dies für den Kanton Zug bedeutet, wissen wir alle. Auch die erschreckenden Zahlungen an den NFA hängen damit zusammen.

Sie wünschen sich also stärkere Kantone?
Ja, ganz klar. Die Kantone sind das Fundament der Schweiz – und so soll es auch bleiben. Ich wünsche mir eine Stärkung der Souveränität der Kantone. Hierzu gibt es in verschiedenen Bereichen – auch beim NFA – dringenden Handlungsbedarf.

Für einen starken Wirtschaftsplatz

Trotz weltweiter wirtschaftlicher Turbulenzen sind die Verhältnisse in der Schweiz stabil. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 3% - was im europäischen Vergleich bemerkenswert tief ist. Das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft sind die unzähligen kleinen und mittleren Gewerbebetriebe, welche den grössten Teil der Arbeitsplätze schaffen. Sie ermöglichen uns Wohlstand und sichern die Sozialwerke. Gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe sind wichtig. Darum steigt die SVP als führende Zuger Wirtschaftspartei auch mit einer starken Wirtschafts- und Gewerbeliste in den Wahlkampf.

Beat Gertsch

- 1. November 1957, Hünenberg
- verheiratet, zwei erwachsene Kinder
- Unternehmer / Kaufmann
- Gemeinderat in Hünenberg (Vorsteher Bau und Planung)

Im Parlament fehlen Unternehmerpersönlichkeiten. Darum trete ich als Nationalratskandidat an und bin bereit, auch in der eidgenössischen Politik meinen Beitrag zu leisten. Seit 1995 habe ich verschiedene KMU-Unternehmen aufgebaut und bringe auch politische Erfahrung auf kommunaler Ebene mit.

In Bern läuft aus meiner Sicht einiges schief. Immer häufiger werden Volksinitiativen nicht umgesetzt – ein gefährlicher Trend. Anliegen der EU werden höher gewichtet als die Interessen der Schweiz und der einheimischen Bevölkerung. In Verhandlungen fehlt es unserer Regierung oft an Mut und Selbstbewusstsein.

Dabei dürfen wir stolz sein auf unsere direkte Demokratie und den Wirtschaftsstandort Schweiz!

Adrian Risi

- 10. November 1962, Stadt Zug
- verheiratet, ein Sohn
- dipl. Betriebsökonom FH / Produktionsleiter
- Langjähriges Aktivmitglied der SVP Kanton Zug, Mitglied kant. Sportkommission

Als Unternehmer, der an der Front für Arbeitsplätze kämpft, stelle ich fest, dass die Wirtschaft laufend mit zusätzlichen Hürden zu kämpfen hat. Der Staat wächst immer mehr. Für Unternehmungen wird es immer schwieriger, sich zu entwickeln und erfolgreich zu sein. Dies muss sich ändern, denn schon jetzt kostet das Arbeitsplätze. Die Staatsquote muss runter, und der Staat muss schlanker werden.

Der andere Hauptakzent, der gesetzt werden muss, sind Änderungen in der Migrationspolitik. Die vom Bundesrat nicht durchgesetzten Asyl- und Migrationsgesetze sind konsequent zu vollziehen. Die Verfahren bei Ausschaffungen sind zu beschleunigen und durchzusetzen.

Philip C. Brunner

- 28. Mai 1955, Stadt Zug
- verheiratet, zwei erwachsene Söhne
- Unternehmer / dipl. Hotelier VDH/SHV
- Kantonsrat, Mitglied der erw. Justizprüfungskommission, Präsident der GPK Stadt Zug, Mitglied GGR, Präsident SVP Stadt Zug

Ich engagiere mich für eine unabhängige und neutrale Schweiz, für unsere einzigartige direkte Demokratie und die grossen Freiheiten, die wir alle geniessen dürfen. Gleichzeitig sage ich aber ganz klar Nein zum schleichenden EU-Beitritt.

Auch die Migrationspolitik ist mir ein grosses Anliegen: Die unkontrollierte Einwanderung und die desolate, lasche Asylpolitik verursacht Milliardenkosten. Niemand versteht warum die vom Volk beschlossenen Ausschaffungs- und Masseneinwanderungsinitiative nicht endlich konsequent umgesetzt werden - diese Probleme beschäftigen Tausende Bürger im ganzen Land.

Ich will mich weiterhin für einen konkurrenzfähigen und erfolgreichen Kanton Zug einsetzen!

SVP International präsentiert Nationalratsliste Im Kanton Zug

Liste 16

Die Auslandschweizer-Sektion der Schweizerischen Volkspartei ist stolz, im Kanton Zug eine stark besetzte Nationalratsliste vorstellen zu dürfen. Mit Luc Pfisterer, Alexander Hornickel und Rinaldo Bucher präsentiert die SVP International drei international tätige Nationalratskandidaten, die dennoch eine starke Verbundenheit zur Schweiz beweisen.

Die SVP International, die Auslandschweizer-Sektion der SVP, tritt bei den Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 in verschiedenen Kantonen mit eigenen Listen oder Kandidaten an. Dies mitunter, um die Bedeutung der «Fünften Schweiz» sowie deren Anliegen und Interessen im Wahlkampf hervorzuheben. Rund jeder Zehnte Schweizer lebt im Ausland. Das politische Gehör dieser Landsleute, die das Bild der Schweiz in der Welt entscheidend mitprägen, ist der SVP ein grosses Anliegen.

Die Zuger Liste der SVP International präsentiert sich wie folgt:

Luc Pfisterer (33) arbeitet bei einem internationalen Unternehmen im globalen Beschaffungswesen in Deutschland. Aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit konnte er schon in den USA, in Dubai und in Singapur Auslanderfahrungen sammeln. Nach einem vierjährigen Aufenthalt in Zug ist der HSG-Absolvent 2014 aus beruflichen Gründen nach Düsseldorf (D) gezogen.

Alexander Hornickel (39) ist Publizist und Managing Director eines internationalen Medienunternehmens in Zug und Vorstandsmitglied der Schweizer Handelskammer in Stockholm. Vorher war er einige Jahre in Dubai als Handelsdelegierter und auf der Schweizer Botschaft in Stockholm als Chef der Handelsabteilung tätig.

Rinaldo Bucher (34) lebt in Atlanta, im Bundesstaat Georgia (USA) und arbeitet in der Konzernleitung im Bereich Risikomanagement bei einer grossen, amerikanischen Bank. Nach dem Abschluss der Matura an der Kantonsschule Zug haben ihn seine Ausbildung und verschiedene berufliche Tätigkeiten im Bereich Rechnungsprüfung und Risikomanagement neben den USA auch nach Asien gebracht.

SVP International, die Auslandschweizer-Sektion der SVP, wurde 1992 gegründet und verfügt über mehrere hundert Mitglieder auf allen Kontinenten. Innerhalb der SVP hat sie den Rang einer Kantonalpartei und damit auch ihre eigenen Vertreter in den Gremien der Volkspartei. Im Vorstand der SVP International finden sich engagierte Auslandschweizer und einflussreiche SVP-Politiker. Weitere Informationen finden Sie auf www.svp-international.ch

Termine und Veranstaltungen

Samstag, 19. September, Rathausplatz, Baar
SVP bi de Lüt, mit Nationalrat Thomas Aeschi und weiteren SVP Kandidaten

Dienstag, 22. September, 19.30 Uhr, Gasthaus Degen, Hünenberg
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Mittwoch, 23. September, 19.30 Uhr, Restaurant Kreuz, Cham
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Samstag, 26. September, Cham
SVP bi de Lüt am Dorfmärt, mit Nationalrat Thomas Aeschi und weiteren SVP Kandidaten

Montag, 28. September, 19:30 Uhr, Lorzensaal, Cham
Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi. Eintritt frei

Montag, 28. September, 19.30 Uhr, Siehbachsaal, Zug
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Dienstag, 29. September, 18:00 Uhr, Restaurant Guggital, Zug
Nationalrat Thomas Aeschi spricht vor den Senioren der Jungen Wirtschaftskammer Zug

Mittwoch, 30. September, 19.30 Uhr, Sport Inn, Baar
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Donnerstag, 1. Oktober, 19.30 Uhr, Restaurant Aesch, Walchwil
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Freitag, 2. Oktober, 19. 30 Uhr, Restaurant Rössli, Steinhausen
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Samstag, 3. Oktober 2015, 11.00 Uhr, Landsgemeindeplatz, Zug
Grosses SVP-Fest mit Geiselklöpfern, Treichlern und Fahnenträgern

Mittwoch, 7. Oktober, 19.30 Uhr, Seminarhotel Unterägeri, Oberägeri & Unterägeri
Wahlanlass mit Ständeratskandidat Manuel Brandenberg und Nationalratskandidat Thomas Werner, anschl. Apéro

Donnerstag, 8. Oktober, 19:30 Uhr, Burgbachsaal, Zug
Anlass vom Verein «Neue Heimat Schweiz», mit Nationalrat Thomas Aeschi und weiteren SVP Kandidaten

Engagiert für bessere Rahmenbedingungen

Liste 15

Thomas Aeschi (36, Baar) gehört dem Nationalrat seit vier Jahren an. Der Schweizerische Gewerbeverband bezeichnet ihn in seinem Rating 2011-14 als einen der gewerbefreundlichsten Politiker im Parlament. In der SVP-Fraktion ist er Stellvertreter von Fraktionspräsident Adrian Amstutz und Mitglied der einflussreichen Wirtschaftskommission.

Herr Aeschi, weshalb kandidieren sie für eine weitere Legislatur als Nationalrat?
In den letzten vier Jahren habe ich mich in der Wirtschaftskommission und der Finanzkommission stark für bessere Bedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz und den Kanton Zug eingesetzt. Gleichzeitig konnte ich unter den Parlamentariern und den Mitarbeitern der Bundesverwaltung ein gutes Netzwerk aufbauen, welches meine Arbeit erleichtert und den Einfluss bei politischen Geschäften erhöht. In der nächsten Legislatur gilt es diese Basis zu nutzen, um unseren politischen Anliegen nach mehr Freiheit und weniger Regulierung noch besser zum Durchbruch zu verhelfen.

Welches sind die grössten Probleme, die auf die Schweiz zukommen?
Ich sehe vor allem drei Problembereiche: Erstens ist das wirtschaftliche Umfeld in der Schweiz nicht mehr so gut, wie dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Hier gilt es die Bedingungen für die Wirtschaft und das Gewerbe durch administrative Entlastung unbedingt zu verbessern. Zweitens tritt die Schweiz gegenüber der EU zu wenig selbstbewusst auf und übernimmt immer häufiger EU-Recht. Diese Entwicklung müssen wir korrigieren, damit die Schweiz ihre Freiheit und Selbstbestimmung bewahrt. Drittens gilt es die Probleme im Asylwesen und bei der unkontrollierten Einwanderung in den Griff zu bekommen. Nur wer sich an unsere Rechtsordnung hält und für seinen eigenen Lebensunterhalt sorgen kann, soll in die Schweiz kommen dürfen.

Schweizer Eigenarten, Schweizer Werte geraten immer mehr unter Druck. Anpassen ist angesagt. Wo führt dies hin?
Unsere Gesellschaft ändert sich aufgrund der Globalisierung und der Zuwanderung rasant. Gleichzeitig sieht man, wie in den umliegenden EU-Ländern die Arbeitslosigkeit weiter steigt und soziale Konflikte zunehmen. Aus diesem Grund scheint das Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer zu wachsen, der Heimatzugehörigkeit mehr Bedeutung einzuräumen. An unzähligen Anlässen werden typisch schweizerische Kultur und Traditionen neu belebt. Es freut mich sehr, dass wir zu unseren geistigen Werten wieder vermehrt Sorge tragen.

Sie haben an der HSG und in Harvard studiert und arbeiten für eine führende internationale Strategieberatungsfirma. Weshalb engagieren Sie sich in der Politik?
Während sich viele meiner Schul-, Studien- und Arbeitskollegen über gewisse Missstände in der Politik beklagen, habe ich den Entschluss gefasst, meine Kraft in den Dienst des Volkes zu stellen. Ich durfte im Kanton Zug in einer natürlichen und intakten Umgebung aufwachsen und habe mit zunehmendem Alter gesehen, wie in vielen Ländern für die Einwohner die Voraussetzungen viel schlechter sind. Diese Vorteile der Schweiz gilt es zu pflegen und vorausschauend weiterzuentwickeln. Dies ist mein Ziel in der Politik.

Für das grosse Vertrauen der Zugerinnen und Zuger in meine politische Tätigkeit bin ich sehr dankbar. Mit Ihrer Unterstützung werde ich mich auch die nächsten vier Jahre mit aller Kraft für das Wohlergehen der Schweiz einsetzen.

Thomas Aeschi

Thomas Aeschi vertritt den Kanton Zug seit 2011 im Nationalrat. Er ist Vizefraktionspräsident und Mitglied in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Seit März 2015 hat er das Präsidium der SVP Kanton Zug inne. Zuvor präsidierte er während sechs Jahren die SVP Baar.

Beruflich arbeitet Thomas Aeschi als Berater für eine führende internationale Strategieberatungsfirma. Im Jahr 2014 wurde Thomas Aeschi vom WEF als *Young Global Leader* nominiert.

Thomas Aeschi schloss seine Ausbildung an der Harvard Universität mit einem *Master in Public Administration* und an der Universtität St. Gallen mit dem Titel lic.oec.HSG ab. Dort arbeitete er auch während eines Jahres als Mitglied des Organisationskomitees des St. Gallen Symposiums. Er studierte auch an der Tel Aviv Universität und an der Universität Sains Malaysia.

Im Schweizer Militär bekleidet Thomas Aeschi den Rang eines Oberleutnants. In seiner Freizeit geht er den Hobbys Wandern und Skifahren nach.

Thomas Villiger

- 24. März 1978, Hünenberg, verheiratet
- Fahrzeugsachverständiger VFFS, eidg. dipl. technischer Kaufmann, eidg. dipl. Automobildiagnostiker
- Kantonsrat, Mitglied der engeren Staatswirtschaftskommission, Präsident SVP Hünenberg

Für eine konsequent bürgerliche Politik
«Ich werde mich in Bern für eine konsequent bürgerliche Politik einsetzen. Eine Politik, welche der Schweiz und insbesondere auch für den Kanton Zug von Nutzen ist.

Eine starke, unabhängige und neutrale Schweiz ist mir ein Anliegen. Ich sage Nein zum EU-Beitritt, den ich mit allen Mitteln bekämpfen werde. Weiter setze ich mich für eine kontrollierte Zuwanderung mit klaren Regeln ein. Wer in die Schweiz kommt, hat sich an unsere Rechtsordnung zu halten und für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Nur so können wir sicherstellen, dass sich die Schweiz auch in Zukunft zu den sichersten Ländern auf der Welt zählen darf.

Mein Einsatz gilt auch einer starken Wirtschaft und einer produzierenden Landwirtschaft mit attraktiven Rahmenbedingungen, tiefen Steuern und möglichst wenig staatlichen Einschränkungen.»

Thomas Werner

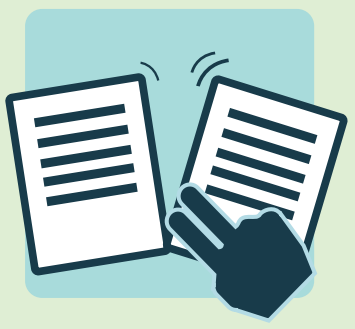
- 5. Mai 1972, Unterägeri, verheiratet, 2 Kinder
- Kriminalpolizist, Chef Ermittlungen Kinderschutz Stadtpolizei Zürich
- Kantonsrat, Präsident Justizprüfungskommission, Vizepräsident SVP Kanton Zug

Für eine freie, selbstbewusste Schweiz
«Die Politik auf nationaler Ebene ist trotz bürgerlicher Mehrheit in der Bevölkerung links abgedriftet. Da will ich im Nationalrat Gegensteuer geben. Vor allem die ideologisch gefärbte Asylpolitik von Bundesrätin Sommaruga ist mir ein Dorn im Auge. Als Bundesrätin muss sie die Interessen der Schweiz und nicht ihre eigenen vertreten. Ein Wechsel in der Departementsführung wäre hier angezeigt.

Ich bin entschieden gegen den schleichenden EU-Beitritt und die ständige Übernahme von Recht und Richtlinien aus der EU. Die Verträge mit der EU müssen auf die «Vereinfachung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit» beschränkt und deshalb neu verhandelt werden. Die unkontrollierte Zuwanderung und die steigende Kriminalität sind in direktem Zusammenhang zu sehen. Dagegen will ich entschieden vorgehen. Eine Nation, die frei und selbständig sein will, kontrolliert ihre Grenzen, trägt Sorge zu ihrer Kultur und zu ihren Werten.»

So wählen Sie im Kanton Zug richtig!

1.
Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2.
Nur eine der drei SVP-Listen vom Wahlzettelbogen abtrennen.

3.
Nur **eine der drei SVP-Listen** ins kleine Couvert legen.

4.
Nur den Namen **Manuel Brandenberg** auf den Ständeratswahlzettel schreiben.
Zweite Zeile leer lassen.

5.
Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen. **Dieses Couvert unbedingt zukleben.**

6.
Stimmrechtsausweis unterschreiben.

7.
Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.

8.
Couvert verschliessen und auf die Post oder Gemeinde bringen.

SVP bi de Lüt

Landsgemeindeplatz Zug

Samstag, 3. Oktober 11:00 Uhr

10:15 Uhr Umzug mit Geiselklöpfern, Treichlern und Fahnenträgern von der Schiffsstation «Zug Bahnhofsteg» zum Landsgemeindeplatz

11:00 Uhr Singen der Nationalhymne

11:05 Uhr Diverse Grussbotschaften, u.a. von
- Landammann **Heinz Tännler**
- Nationalrat **Thomas Aeschi**
- Kantonsrat **Manuel Brandenberg**
- Kantonsrat **Philip C. Brunner**

Anschl. Platzkonzert und Apéro

Treffen Sie die bekanntesten Zuger Politikerinnen und Politiker ausserhalb der Politarena bei einem Apéro zum Gespräch.

Alle sind herzlich willkommen! Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Herzlich lädt ein: **SVP Ortssektion Stadt Zug**

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren.

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

Gratis-Hotline: 0800 002 444